

Kurz & bündig

Praktikanten-Streik

Am 1. April protestierten in großen Städten in Belgien, Frankreich und Deutschland Praktikantinnen und Praktikanten gegen oft höchst problematische Arbeitsbedingungen. Sie werden in vielen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen als günstige Ersatzarbeitskräfte eingesetzt. Gefordert wurden gesetzliche Regelungen, wie eine Mindestentlohnung und eine Höchstdauer für Praktika. Mehr Infos: www.studentsatwork.org/

Erfolg in Frankreich

Nach anhaltenden Protesten und Streiks von Studierenden und Gewerkschaften hat der französische Premierminister Dominique de Villepin im April den Verzicht auf das Gesetz über den Erstanstellungsvertrag verkündet. Das Gesetz hätte den Kündigungsschutz von Angestellten unter 26 Jahren faktisch abgeschafft. Gewerkschaften, Studentenorganisationen und die Parlamentsopposition sprachen von einem großen Erfolg der Protestbewegung.

Rückmeldegebühr

Nach einem zehnjährigen Rechtsstreit hält das Oberverwaltungsgericht Berlin die in dem Bundesland erhobenen Rückmeldegebühren für verfassungswidrig. Die Gebühr von 50 Euro wird seit 1996 bei der Rückmeldung erhoben. Nun muss das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entscheiden. In Hessen unterstützt die GEW Musterklagen studentischer Mitglieder gegen die 2003 eingeführten „Verwaltungskostenbeiträge“.

Hilfskräfte

Studentische Hilfskräfte, die nicht direkt in Forschung und Lehre eingesetzt werden, haben Anspruch auf tarifliche Bezahlung. Das hat das Bundesarbeitsgericht entschieden. Das Urteil hat auch für Hessen Bedeutung, wo nur wenige Hochschulen Studierende nach Tarifvertrag bezahlen. Das Urteil vom 8.6.2005 hat den Titel „Eingruppierung eines als ‚Studentische Hilfskraft‘ eingestellten Angestellten mit der Aufgabe der Neugestaltung eines Internetportals“, hat das Aktenzeichen 4 AZR 396/04 und steht auf der Homepage des Bundesarbeitsgerichts: www.bundesarbeitsgericht.de

Studierende in der Schuldenfalle? Hessen plant Studiengebühren

Mit einem Auftragsgutachten hat die CDU-Landesregierung die Auseinandersetzung um allgemeine Studiengebühren in Hessen eröffnet. Solche hält das Gutachten für vereinbar mit dem Gebührenverbot der Landesverfassung, wenn gleichzeitig Kredite angeboten werden.

Vorbereitet hat die CDU-Landesregierung sie schon lange: „Neue Wege der Bildungsfinanzierung, die ... Gebühren bei einkommensabhängiger Darlehensrückzahlung sowie Freiplätze für Begabte und Bedürftige umfassen“ kündigte sie bereits vor drei Jahren im Regierungsprogramm an. Im Weg stand bisher die Hessische Verfassung, die in Artikel 59 unmissverständlich klarstellt: „In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich.“ Eine Änderung des Verfassungstextes ist nur mit Hilfe einer Volksabstimmung möglich. Wohl weil eine Änderung der juristischen Auslegung einfacher und weniger riskant ist, hat die Landesregierung stattdessen ein Gutachten in Auftrag gegeben. Christian Graf von Pestalozza, ein Berliner Juraprofessor, benötigte sechzig Seiten um im Auftrag der Landesregierung zu dem Ergebnis zu kommen, dass „allgemeine Studiengebühren ... nach der Landesverfassung unabhängig von Art. 59 Abs. 1 HV geboten“ sind. Mit der Veröffentlichung des Gutachtens hat Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU) im April die politische Auseinandersetzung um Studiengebühren in Hessen eröffnet. Denn was in der Verfassung gilt und was nicht, entscheidet am Ende der Hessische Staatsgerichtshof – und zwar sicher nicht unabhängig von der politischen Lage und der Stimmung in der Bevölkerung. „Durch dieses Gutachten hat die Landesregierung

gezeigt, dass Sie sich durch die Einführung von Studiengebühren aus der Finanzierung der Hochschulen herausziehen möchte“, sagt Sebastian Lenth, Studierendensprecher der GEW Hessen. Die Studiengebühren sollten wohl die Löcher im Landshaushalt stopfen. „Wir lassen nicht auf unserem Rücken irrwitzige Flughafenprojekte oder aristokratische Schlosssanierungen und Trabrennbahnbauten finanzieren!“, stellt der Kasseler Lehramtsstudent klar.

Mit Vollversammlungen an vielen Hochschulen starten die ASten ab 9. Mai eine Informationskampagne zu den Gebührenplänen der Landesregierung. Aktuelle Informationen über die Gebührenpläne, die juristischen Hintergründe über Termine und Proteste gibt es bei den ASten und im Internet: www.gew-hessen.de und <http://hessen.uebergebuehr.de> Andreas Staets, Marburg.



„Arme Eltern? Blöde Zukunft!“. Mehr als 10.000 Studierende demonstrierten am 18. November 2003 in Wiesbaden gegen Sozial- und Bildungskahlschlag. Ein Hintergrund war die Einführung von Studiengebühren für Zweit- und „Langzeitstudierende“ sowie Verwaltungsgebühren durch die Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch (CDU).

Mehr Stellen statt Module! Lehramtsstudium in Frankfurt

Im vergangenen Semester machten Erstsemester und Universitäten in Hessen die ersten Erfahrungen mit der Modularisierung der Lehrerbildung. Die Frankfurter Lehramtsstudentin Nora Rothauge bilanziert die Folgen des neuen Lehrbildungsgesetzes auf das Studium an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität.

Lehramts-Erstsemester in Frankfurt studierten im vergangenen Semester unter widrigen Bedingungen. Dem Senat der Universität war es nicht möglich, rechtzeitig eine passende Prüfungsordnung zu verabschieden. Dadurch studieren Erst- und Zweitsemester derzeit im rechtsfreien Raum. Sie sollen sich allerdings den Besuch ihrer Veranstaltungen im Nachhinein anerkennen lassen können. Zur besonderen Härte entwickelten sich die Pflichtveranstaltungen in den Grundwissenschaften, die mittlerweile zu einem Massenergebnis geworden sind. Benötigt würden Hörsäle von der Größe

eines Bierzeltes. Trotzdem sorgt die Universität nicht für zusätzliche Lehrveranstaltungen etwa durch zusätzliche Professuren. So wird vielen Studierenden die Teilnahme an den Pflichtveranstaltungen verwehrt, sie werden auf das nächste Semester vertröstet. Dadurch verzögert sich ihr Grundstudium ohne eigenes Verschulden, teilweise werden sie ihre Zwischenprüfung nicht – wie nun vorgeschrieben – nach dem 4. Semester ablegen können. Überschneidungen der Seminartermine in den Unterrichtsfächern verschärfen das Problem.

Die Modularisierung schränkt zudem die Wahlmöglichkeiten ein, denn es gibt Pflichtveranstaltungen von insgesamt 30 Semesterwochenstunden, was es schwerer macht, im Studium eigene Schwerpunkte zu setzen. Das neu eingeführte dritte Praktikum findet ohne universitäre Vorkenntnisse vor Beginn des Studiums statt. Eine theoretische Auswertung während des Studiums ist in keinem Modul vorgesehen. So bleibt es im luftleeren Raum – ohne jede Reflexionsmöglichkeit.

Lehrausbildung muss mehr sein als mit Klausuren zu bestehende fremdbestimmte Module. Lehrerbildung erfordert ein hohes Maß an Vor- und

Nachbereitung der erarbeiteten Inhalte, die stets einer intensiven Reflexion unterzogen werden müssen. Dies ist mehr als von Modul zu Modul und von Klausur zu Klausur zu hetzen. Nora Rothauge, GEW-Studierenden-gruppe Uni Frankfurt.

Mit dem sogenannten „3. Qualitätssicherungsgesetz“ vom März 2005 hat das Land Hessen das Lehramtsstudium modularisiert und verändert. Das Studium besteht nun aus Modulen, die sich aus mehreren Lehrveranstaltungen zusammensetzen und die mit einer gemeinsamen Prüfung enden. Eine Umsetzungsverordnung regelt die Details des Studiums. Sie verringert den Anteil der Fachwissenschaften am Studium zugunsten von Didaktik und Grundwissenschaften. Sie regelt auch den Termin der Zwischenprüfung, den Anteil von Pflichtmodulen und legt fest, dass Modulprüfungen nur einmal wiederholt werden dürfen. Die GEW hatte im Gesetzgebungsprozess unter anderem kritisiert, das neue Gesetz führe mit zusätzlichen Modulprüfungen zu einem Prüfungs-marathon und lasse zu wenig Zeit für die Umstellung.



Das Programm Stud.IP ist in Gießen auch als Lernplattform für Lehrveranstaltungen gedacht. Trotz erfindungsreich improvisierender Betreuer bleibt der Nutzen für Studierende teilweise gering.

Anmeldung leicht gemacht? Effizienz statt Studienvielfalt

Als Folge von neuen gestuften Studiengängen (BA/MA) und der Modularisierung stellen viele Hochschulen ihre Anmeldeverfahren zu Seminaren auf elektronische Systeme um. An der Giessener Justus-Liebig-Universität gibt es beispielsweise gleich drei unterschiedliche internetgestützte Anmeldeverfahren, um die Teilnahme an Seminaren zu regeln: Flex-Now, Stud.IP und SPIC. An Computern, die ein Lesegerät für die Studierendenkarte haben, kann man sich für Seminare und Prüfungen anmelden oder Prüfungsergebnisse und den bisherigen Studienverlauf anschauen. Im Kern geht es bei dieser Neuerung um Kosteneinsparungen in der Universitätsverwaltung und um eine effizientere Gestaltung der Seminarwahl durch die Studie-

renden. Das Ergebnis: Durch den rein mechanischen Verwaltungsapparat werden Studierende auf ihre Studienordnung festgelegt und haben zunehmend nicht die Möglichkeit, Seminare außerhalb ihres wissenschaftlichen Feldes zu besuchen. Die Beratung erfolgt nicht mehr durch Menschen, die auf individuelle Bedürfnisse eingehen können, sondern durch benutzerfreundliche Computerprogramme, die Studierende zudem in Statistiken verbuchen und datenschutzrechtlich bedenklich erscheinen. Und die langen Schlangen die sich früher bei der Seminareinschreibung vor den Sekretariaten bildeten, findet man nun, da vieles noch nicht funktioniert, vor den Türen der Systemadministration. Tobias Cepok, Universität Gießen.

Kurz & bündig

Lehre statt Lehrende

Bis zu zehn Stunden mehr soll der akademische Mittelbau in der Woche lehren. Das sieht ein Verordnungsentwurf des Wissenschaftsministeriums vor. „Techniker“ an FHs sollen statt Null nun gar 24 Wochenstunden halten. Dadurch würde die rechnerische Kapazität der Studiengänge steigen, so dass sich die Zahl der Studienplätze in zulassungsbeschränkten Studiengängen erhöht, wenn nicht weitere Stellen abgebaut werden. Die neue Verordnung soll zum Wintersemester in Kraft treten. Weitere Informationen: <http://wissenschaft.gew-hessen.de>

GEW-Seminare

Auch in diesem Semester bietet die GEW wieder mehrtägige Seminare für engagierte Studierende an. Das Spektrum reicht von den Themen Promotion, Bologna-Prozess und politische Bildung über Schulungen für AStA-Sozialreferenten bis zum Rhetorikseminar zum Thema Studienfinanzierung. Viele Seminare sind kostenlos, die Anfahrtskosten werden übernommen. Informationen über Seminare und Teilnahmebedingungen sind zu finden über: www.studieren.gew.de

Gemeint sind wir alle! Antifaschistischer Lehrer darf nicht unterrichten

Wegen seines Engagements gegen Rechtsextremismus stellt das Land Hessen einen ausgebildeten Lehrer nicht ein. Carmen Ludwig, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, beschreibt und kommentiert das Berufsverbot.

Seit 2004 wird dem Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszκόczy der Eintritt in den Schuldienst in Baden-Württemberg und seit 2005 auch in Hessen verwehrt. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat am 13. März eine Klage gegen das Berufsverbot abgewiesen. Dabei wird dem engagierten Pädagogen keinerlei Fehlverhalten zur Last gelegt. Das Gericht wirft Michael Csaszκόczy vor, sich als Mitglied in der vom Verfassungsschutz beobachteten Antifaschistischen Initiative Heidelberg gegen Rechtsextremismus engagiert zu haben. Dabei wurde ihm vor Gericht von allen Seiten sogar „Friedfertigkeit und Zivilcourage“ attestiert.

Die GEW wird auch weiterhin dafür streiten, dass der engagierte Pädagoge in den Schuldienst übernommen wird.

Dem Kampf gegen das Berufsverbot kommt über den Einzelfall hinaus eine enorme Bedeutung zu. So werden auch in Hessen antifaschistische Gruppen vom Verfassungsschutz beobachtet. Diese Bepitzelung muss aufhören: Gerade antifaschistischen Gruppen und couragierten Menschen wie Michael Csaszκόczy ist es zu verdanken, wenn Rechtsextreme vor Ort nicht Fuß fassen können. Bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung geht es letztlich um die Frage, ob die

vom Europäischen Gerichtshof 1995 verurteilte antidemokratische Berufsverbotspraxis in Deutschland wieder Einzug hält. Berufsverbote verstoßen gegen das Grundrecht auf Meinungs- und auf Berufsfreiheit. Deshalb haben sich am 25. März in Karlsruhe über 500 Menschen an der Demonstration „Gemeint sind wir alle!“ gegen Berufsverbote beteiligt. Weitere Infos unter: www.gegen-berufsverbote.de



Über 500 Menschen demonstrierten im März in Karlsruhe gegen Berufsverbote.

„Die ASten bleiben unbequem“ Warum Wählen weiter wichtig ist

Im Sommer wählen die Studierenden an der TU Darmstadt, der Uni Marburg und der FH Frankfurt. Warum eine Wahlbeteiligung über 25 Prozent wichtig ist und wie sich die höhere Beteiligung auswirkt, fragten wir Sebastian Lenth, Studierendensprecher der GEW Hessen.

Die Studierenden in der hessischen GEW haben im vergangenen Semester mit einem Wahlauftritt für die Teilnahme an den studentischen Wahlen geworben. Warum ist Ihnen die Wahlbeteiligung so wichtig?

Die Landesregierung hat die Finanzen der studentischen Selbstverwaltung vor zwei Jahren an die Wahlbeteiligung gekoppelt: Liegt die Wahlbeteiligung unter 25 Prozent, kann der Haushalt um bis zu 75 Prozent gekürzt werden. Damit wäre die Interessenvertretung der Studierenden handlungsunfähig. Die Studentinnen und Studenten in der GEW Hessen unterstützen die ASten und die Landes-Asten-Konferenz (LAK) gegen die Angriffe der CDU-Landesregierung. Die verfasste Studierendenschaft als Institution des öffentlichen Rechtes ist unabdingbar zur Vertretung der Studierenden innerhalb der Hochschulen. Schließlich haben wir noch keine Studentengewerkschaft wie zum Beispiel in Dänemark.

Was haben Sie gegen die 25-Prozent-Hürde bei der Wahlbeteiligung?

Ich sehe das nicht als Hürde. Es ist der Versuch, die verfasste Studierendenschaft zu schwächen und langfristig abzuschaffen. Langzeitstudiengebühren

und die Verschulung der Studiengänge tun ein übriges, indem sie studentisches Engagement erschweren. Ministerpräsident Roland Koch (CDU) wird natürlich behaupten, er habe die Demokratie gestärkt. Was Demokratie mit der Kopplung des Finanzhaushaltes an die Wahlbeteiligung zu tun hat, ist mir allerdings schleierhaft. Auf der Schule und an der Uni habe ich Demokratie anders vermittelt bekommen!



Sebastian Lenth ist Lehramtsstudent an der Universität Kassel.

Manche haben erwartet, höhere Wahlbeteiligung würde zu anderen Mehrheiten führen und linke und unbequeme ASten verhindern. Hat sich das Wahlverhalten der Studierenden verändert?

Die Studierenden wählen weiter eher links – nun vielleicht mehr parteipolitisch bekanntere Listen. Also Grüne, Jusos und Listen direkt aus den Fachschaften und Fachbereichen. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) hat meist sogar verloren. Die Ergebnisse zeigen, dass die Strömungen, die seit Jahren die meisten ASten stellen, weiter Rückhalt unter den Studierenden haben. Die Studierenden merken, dass der AStA und die Selbstverwaltung wichtig sind. Vor allem wenn Studiengebühren oder die Abschaffung der verfassten Studierendenschaften drohen. Die Asten bleiben weiter unbequem, zumindest für die hessische Landesregierung.

Seit der Änderung des Gesetzes im Jahr 2004 haben alle Hochschulen eine Wahlbeteiligung von über 25 Prozent erreicht. Im Sommer finden weitere Wahlen statt. Ist es überhaupt noch nötig, für den Gang zur Wahlurne zu werben?

Ja immer! Demokratie ist immer dann in Erklärungsnot, wenn niemand mehr mitmacht. Ob es um Kommunalpolitik, Landespolitik oder Bundespolitik geht. Alle demokratischen Strukturen brauchen die Unterstützung der Wählerinnen und Wähler. Die müssen aber auch Ihr Recht auf der Straße nutzen, wenn die Politik Wahlversprechen bricht, Korruption oder Ungerechtigkeiten produziert. Demokratie lebt nur, wenn man sie ständig neu erkämpft.

Die UN zu Gast bei Freunden? Vernor Muñoz gegen Kleinstaaterei

Am 9. Juni 2006 findet das Eröffnungsspiel der Fußballweltmeisterschaft 2006 Deutschland - Costa Rica in München statt. Wenige Monate zuvor besuchte ein Costa Ricaner im Auftrag der Vereinten Nationen Berlin, Potsdam, Bonn und München. Die UN zu Gast bei Freunden? Prof. Dr. Vernor Muñoz Villalobos, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Bildung, wurde nicht sehr höflich verabschiedet.

Eine Pressemeldung des hessischen Kultusministeriums erklärte schon in der Überschrift, die CDU-regierten Länder bedauerten den kurzen Besuch des UN-Sonderberichterstatters. Kultusministerin Karin Wolff (CDU) urteilte, „dass die Vorteile des deutschen Bildungsföderalismus nicht erkannt wurden.“ Zudem unterstellte Wolff der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Zynismus, weil diese den Besuch des Costa Ricaners für eigene Zwecke instrumentalisiere. Was brachte die Ministerin so in Rage? Vernor Muñoz hatte im Auftrag der UN zehn Tage lang deutsche Schulen und Bildungseinrichtungen besucht. Anschließend kritisierte er, individuelle Bildungschancen hingen stark von der sozialen Situation des Kindes ab. Schülerinnen und Schüler sollten nicht schon nach der vierten Klasse auf verschiedene Schulformen verteilt werden. Gerade Kindern aus armen, bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund werde damit der Zugang zu höherer Bildung erschwert. Oft würden auch falsche Schulempfehlungen gegeben. Zugleich kritisierte der UN-Sonderberichterstatter die weit reichenden Länderrechte in Bildungsfragen: Der Bund verliere zunehmend die Möglichkeit, die Einheit der Lebensverhältnisse zu sichern. Wolff hielt dagegen, durch den Bund-

Länder-Kompromiss bei der Föderalismusreform könne sich der gesunde Wettbewerb der Länder um das beste Bildungswesen besser entfalten. Es bleibt die Frage zu wessen Lasten. In der Tat bedeutet die von der großen Koalition geplante Verfassungsänderung nicht zuletzt den Rückzug des Bundes aus der Bildungspolitik. Nicht einmal eine gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern soll es mehr geben. Darüber hinaus würde das Grundgesetz dem Bund künftig Förderprogramme im Bildungsbereich, wie etwa das derzeitige Ganztagschulprogramm, verbieten. Dies wird in finanzschwachen Bundesländern zu geringeren Bildungsinvestitionen führen. Auch die geplante Neuregelung der Bundesförderung für den Hochschulbau bevorzugt Länder, die bisher viele Fördergelder bekommen haben, also vor allem Bayern und Baden-Württemberg. Die GEW unterstützt die Kritik des UN-Sonderbotschafters. „Der Muñoz-Bericht darf nicht in der Schublade verschwinden. Der Blick von außen hat noch nie geschadet“, sagte die stellvertretende GEW-Vorsitzende Marianne Demmer zur Kritik des UN-Sonderbotschafters. Sie fordert, die Bildung bei der Föderalismusreform vorerst auszuklammern. Außer einigen einflussreichen Landespolitikern, die

offenbar ihre Macht erweitern wollten, gebe es niemanden, der eine weitere Föderalisierung des Bildungswesens für richtig halte. Mit Vernor Muñoz und Sepp Herberger möchte man Karin Wolff und den anderen Kultusministern zurufen: „16 Freunde solltet ihr sein!“ Mathias Lomb, GEW-Studierendengruppe Universität Kassel.

Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

An dieser Ausgabe mitgewirkt haben: Carmen Ludwig, Nora Rothauge, Jonas Baumann (Layout), Sebastian Lenth, Mathias Lomb, Tobias Cepok und Andreas Staets.

Bilder: Jonas Baumann, Norbert Faber, GEW, Sebastian Lenth.

Druck: Druckkollektiv Gießen, Auflage 9.000.

V.i.S.d.P.: Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg.

Dein Kontakt zur GEW

Willst Du Broschüren abgreifen (z.B. „Jobben und Studium“, zu Lehramt oder Hochschulpolitik), Fragen oder Kommentare loswerden oder bei uns mitmachen? Die GEW-Ansprechpartner helfen gerne weiter.

Marburg

Andreas Staets, c/o GEW-Hochschulbüro, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Fax: 06421/95 23 96
Mail: wiss@hessen.gew.de

Kassel

Sebastian Lenth, GEW Studierendengruppe c/o GEW, Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel
Tel: 0561/ 77 17 83
Mail: Sebastian.Lenth@unsere-uni.de

Frankfurt

Nora Rothauge, GEW Studierendengruppe Frankfurt c/o GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Fax: 069/ 97 12 93 93
Mail: N.Rothauge@web.de

Gießen

Tobias Cepok, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behagel-Straße 23-27, 35394 Gießen, Fax: 0641/ 47 11 3
Mail: tobiascepok@aol.com

Kupon

Ich möchte weitere Informationen

- über die GEW-Positionen
 - zu studentischen Hilfskräften
 - zur Promotionsphase
 - zu wissenschaftlichen Beschäftigten
- über „Jobben und Studium“
- zur Studierenden-Mitgliedschaft in der GEW

Meine Anschrift:

Bitte schicken an:

GEW Büro für Hochschule und Forschung
Schwanallee 27-31
35037 Marburg
Fax: 06421 / 952396
Mail: wiss@hessen.gew.de



demokratisch
kompetent und
streitbar

